

Paradies für Pharmafirmen

Ungenutzte Einsparpotenziale im Gesundheitswesen

Während der Anteil der zahnärztlichen Ausgaben an den Gesamtausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sinkt, legen andere Bereiche wie die Arzneimittelbranche kräftig zu.

167 Milliarden Euro – so viel werden die Deutschen im Jahr 2009 voraussichtlich für ihre Gesundheit allein im System der GKV ausgeben. Das Bruttoinlandsprodukt vieler Länder wie Tschechien oder Argentinien ist weitaus niedriger. Dennoch: Trotz seiner Größe ist der GKV-Kuchen für die meisten Leistungserbringer im Gesundheitswesen zu klein, um davon satt zu werden.

Das gilt auch für die Zahnärzte: Der Realwert ihres Einnahmenüberschusses ist im bundesweiten Durchschnitt seit 1976 um mehr als die Hälfte gesunken. Nicht nur die über 20 Jahre alte privat-zahnärztliche Gebührenordnung macht den Zahnärzten zu schaffen. Auch vom GKV-Budget bekommen sie von Jahr zu Jahr ein immer kleineres Stück ab. Machte es 1980 noch rund 15 Prozent der Gesamtausgaben aus, so ist es heute auf rund sieben Prozent geschrumpft – inklusive Zahnersatz. Der Gesundheitsfonds, die Budgetierung mit Beschränkung des Wachstums auf die Steigerung der Grundlohnsumme und der Wechsel vieler Patienten zu Billigkassen, die den Kassenzahnärztlichen Vereinigungen sehr niedrige Pro-Kopf-Beträge zur Verfügung stellen – das sind nur drei von zahlreichen gesundheitspolitischen Widrigkeiten, mit denen Zahnärzte zu kämpfen haben.

Andere Branchen im Gesundheitswesen haben ihren Anteil am GKV-Kuchen hingegen stetig vergrößert. Beispiel Arzneimittelmarkt: von Budgetierung keine Spur. Der Anteil, den Arzneimittel an den Gesamtausgaben der GKV ausmachen, ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen – im vergangenen Jahr auf 18 Prozent. Auch die weltweite Finanzkrise scheint den Medikamentenherstellern nichts anhaben zu können. Der Europa-Chef des amerikanischen Pharmariesen Pfizer, Pedro Lichtinger, erklärte gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“: „In der Pharmaindustrie erzielen wir einen starken, verlässlichen Kapitalzufluss, der deutlich höher ist als in anderen Branchen.“

Eine im November 2007 vorgestellte Studie des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen ergab, dass Deutschland über eines der besten Gesundheitssysteme der Welt verfügt, die Arzneimittelausgaben jedoch überdurchschnittlich hoch sind. Allein in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres sind die Ausgaben für Arzneimittel um 5,1 Prozent gestiegen. Für die zahnärztliche Behandlung gaben die gesetzlichen Krankenkassen im gleichen Zeitraum nur 1,5 Prozent mehr aus als im Vorjahr. Die Suche nach Verantwortlichen für die Kostenentwicklung bei den Medikamenten mündet in ein fröhliches Schwarzer-Peter-Spiel. Krankenkassen, Pharmaindustrie, Ärzte- und Krankenhausvertreter, Politiker und Gemeinsamer Bundesausschuss schieben sich gegenseitig die Verantwortung zu.

Razzien bei Pharmafirmen

Die Pharmaindustrie weist jede Schuld von sich. Sie begründet die steigenden Arzneimittelausgaben mit der älter werdenden Gesellschaft und mit der teuren Entwicklung neuer Produkte. Ist der erste Punkt noch unstrittig, so bezweifeln Experten die Bedeutung des zweiten. So ergab eine Untersuchung der Europäischen Kommission, dass der Umsatz der Pharmaunternehmen in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen sei, die Innovationsfreude hingegen gesunken. Die Kommission legte Zahlen vor, nach denen in den Jahren 1995 bis 1999 im Schnitt 40 neue Substanzen jährlich auf den Markt gekommen seien. Für den Zeitraum 2000 bis 2004 sei die Zahl dagegen im Schnitt auf 28 gesunken. Doch damit nicht genug: Die EU-Kommission ließ im vergangenen Jahr in mehreren Pharmakonzernen Razzien durchführen. Der Verdacht: Die Unternehmen hätten mit illegalen Absprachen und der Verletzung von Patenten die Einführung günstiger Nachahmermedikamente, sogenannter Generika, verhindert. „Wenn innovative Arzneimittel nicht hergestellt und kostengünstigere Generika zum Teil erst mit Verzögerung auf den Markt kommen, dann müssen wir nach Gründen suchen und gegebenenfalls tätig werden“, erklärte die EU-Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes.

Auch Krankenkassen kritisieren die Pharmaindustrie. Der jährlich erscheinende Arzneimittelreport der Gmünder Ersatzkasse bringt die schlimmsten Verwerfungen ans Tageslicht. Aus pharmakotherapeutischer Sicht sei der Umsatz vieler Arzneimittel „völlig unverständlich“, bemerkten die Autoren der letztjährigen Studie. So hätten einige Mittel, die in der Rangliste der umsatzstärksten Arzneien auf vorderen Plätzen liegen, gegenüber preiswerteren Mitteln keinerlei Zusatznutzen. Der gute Umsatz sei in erster Linie auf Marketingmaßnahmen zurückzuführen.

Ein weiteres Problem lässt sich durch folgenden Gedanken verdeutlichen: Was wäre, wenn nicht der Gemeinsame Bundesausschuss aus Zahnärzten und Krankenkassenvertretern die Höhe der zahnärztlichen Vergütung festlegen würden, sondern die Zahnärzte im Alleingang? Lautstarke Proteste bei Politikern und Kassen wären die Folge. Doch im Arzneimittelbereich entsteht der Preis nicht im System, sondern wird allein von den Anbietern festgelegt. Die Pharmafirmen leben also in geradezu paradiesischen Zuständen.

Wo landet der Schwarze Peter?

Trotz aller Kritik will die Pharmaindustrie nicht schuld sein an der Kostenexplosion. Sie schiebt den Schwarzen Peter weiter in Richtung Politik. „Die Fakten zeigen deutlich, dass die Ausgaben für Arzneimittel hauptsächlich durch politische Entscheidungen in die Höhe getrieben wurden und nicht durch die pharmazeutische Industrie, wie immer wieder versucht wird zu behaupten“, erklärte Henning Fahrenkamp, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie, in einer Presseinformation. Allein die Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. Januar 2007 von 16 auf 19 Prozent belaste die GKV jährlich mit 4,3 Milliarden Euro. Und auch Volker Leinbach, Direktor des Verbandes der privaten Krankenversicherung (PKV), sieht die Politik in diesem Punkt in der Pflicht: Er forderte Anfang Januar die Anwendung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes von sieben Prozent für Arzneimittel.

Die Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA) wiederum verweist auf die Entscheidung des Gemeinsamen Bundesausschusses, alle von der Ständigen Impfkommission (STIKO) empfohlenen Standardimpfungen ab 1. April 2007 in den Leistungskatalog der GKV aufzunehmen. Der ABDA schätzt die dadurch jährlich entstehenden Kosten auf rund 330 Millionen Euro.



Foto: pixello.de/knipsermann

Die gesetzlichen Krankenkassen geben von Jahr zu Jahr mehr Geld für Arzneimittel aus – im vergangenen Jahr waren es 18 Prozent der GKV-Gesamtausgaben.

Auch die Ärzte schieben sich untereinander den Schwarzen Peter zu. So beschwerten sich niedergelassene Ärzte über Krankenhausärzte, die ihre Patienten während des Klinikaufenthalts auf kostspielige Medikamente einstellen – mit enormen Folgekosten. „Es entsteht der Eindruck, dass im Krankenhaus Arzneimittelinnovationen unkritisch flächendeckend verordnet werden, weil hier der Einkauf unabhängig von der Arzneimittelpreisverordnung zu erheblich günstigeren Konditionen erfolgen kann“, erklären Verordnungsexperten der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns (KVB). Für Pharmafirmen sei es deshalb „interessant, Medikamente im stationären Bereich sehr preiswert verfügbar zu machen und darauf zu hoffen, dass im ambulanten Bereich keine Umstellung auf kostengünstigere Alternativen erfolgt“. Die KVB fordert die Krankenhäuser auf, diese Praxis zu beenden.

Einsparpotenzial

Ein reduzierter Mehrwertsteuersatz für Arzneimittel, die Einführung von Arzneimittelbudgets, ein wirtschaftlicherer Umgang mit Medikamenten in Krankenhäusern, der Ausschluss von Medikamenten aus dem GKV-Leistungskatalog oder der verstärkte Einsatz von Generika – es gäbe viele Möglichkeiten, um den Ausgabenanstieg zu bremsen. Doch gegen den Widerstand derer, die gut vom Wachstum des Pharmaanteils am GKV-Kuchen leben, lassen sich Einsparungen nur schwer realisieren. Gegenüber der „Ärzte Zeitung“ redete Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt der Pharmaindustrie ins Gewissen: „Ich werde nicht zulassen, dass die Preise ins Unermessliche steigen. Das geht nirgendwo.“ Doch den markigen Worten sind bislang keine Taten gefolgt.

Tobias Horner